

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 1

2. Januar

1915

Frankfurt a. M., den 18. 12. 1914.

Stellvertretendes Generalkommando.

XVIII. Armeekorps.

Nr. 49 334/4278.

Bekanntmachung.

Ueber das Eigentum an der von den eigenen Truppen und vom Feinde verschossenen Munition und an erbeuteten Gegenständen sind Zweifel hervorgetreten.

Hierzu wird folgendes bekannt gegeben:

Alle im Eigentum der deutschen Heeresverwaltungen stehenden Gegenstände bleiben im Inland wie im Ausland auch dann in deren Eigentum, wenn sie verloren oder wie z. B. auch Munitionsteile, bei irgend einer Gelegenheit und aus irgend einem Grunde zurückgelassen werden.

Den berufenen staatlichen Organen steht ferner für das Inland wie für das Ausland die ausschließliche Befugnis zu, das Aneignungsrecht an der „Kriegsbeute“, d. h. an der Ausrüstung des Feindes und an den von ihm zurückgelassenen Munitionsteilen, auszuüben.

Ebenso wie deshalb der Soldat, der feindliches Eigentum erbeutet oder die Behörde, die es beschlagnahmt, zur Ablieferung verpflichtet ist, muß jeder, der solche Gegenstände im Inland oder in dem von deutschen Truppen besetzten Ausland an sich nimmt, sie unverzüglich an die nächste Militär- oder Zivilbehörde abliefern, die ihrerseits verpflichtet ist, alle Beutestücke den zuständigen Beuteverwaltungen zuzuführen. Für das XVIII. Armeekorps ist sie in Darmstadt.

Wer als Privatperson Fundstücke von der Ausrüstung der kämpfenden Truppen abliefern, hat im Inland Anspruch auf den gesetzlichen Finderlohn; im feindlichen Ausland wird ein Finderlohn in der Regel zugestanden.

Nach dem Reichsstrafgesetzbuch muß jede widerrechtliche Aneignung von Beute- oder Fundstücken als Diebstahl (§§ 242 ff.) oder Unterschlagung (§ 246), nach dem Militärstrafgesetzbuch gegebenenfalls als „eigenmächtiges Beutemachen“ (§ 128) mit harter Gefängnisstrafe, unter Umständen sogar mit Zuchthausstrafe belegt werden, und zwar nach §§ 7 und 161 des Militärstrafgesetzbuchs auch dann, wenn die Tat in einem von deutschen Truppen besetzten ausländischen Gebiet begangen wird.

Wer sich widerrechtlich Beute- oder Fundstücke aneignet, erwirbt selbst kein Eigentum daran und kann es auch nicht durch Verkauf oder Verkauf an andere Personen übertragen. Die Militär- und Zivilbehörden sind deshalb zur Beschlagnahme befugt. Wer solche Gegenstände durch Verkauf oder Kauf an sich bringt, kann sich dadurch der Hehlerei schuldig machen.

Es wird daher vor Aneignung und Kauf dringend gewarnt und hiermit die Aufforderung verbunden, alle bisher aus Rechtsunkennnis ohne Anzeige eigenmächtig in Verwahrung gehaltenen oder erworbenen Beutegenstände unverzüglich an die Militär- oder Ortspolizeibehörde, im Ausland an die nächste Militärbehörde, abzuliefern. Wer ohne Befugnis im Besitz solcher Stücke betroffen wird, setzt sich und die an der Aneignung etwa Mitbeteiligten der Gefahr unnaechtiger strafrechtlicher Verfolgung aus.

Der kommandierende General:

Freiherr von Gail, General der Infanterie.

Betr.: Die Errichtung von Einigungsämtern.

Bekanntmachung.

betreffend Einigungsämter. Vom 15. Dezember 1914.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen.

§ 1. In im Bezirk einer Gemeindebehörde eine kommunale oder gemeinnützige Anstalt (Einigungsamt) mit der Aufgabe betraut worden, zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern zum Zwecke eines billigen Ausgleichs der Interessen zu vermitteln, so kann die Landeszentralbehörde anordnen, daß die Vorschriften der §§ 2 und 3 Geltung haben sollen.

§ 2. Mieter, Vermieter, Hypothekenschuldner, Hypothekengläubiger sind verpflichtet, auf Erfordern des Einigungsamtes vor diesem zu erscheinen. Die Gemeindebehörde kann sie hierzu durch eine einmalige Ordnungsstrafe bis zu einhundert Mark anhalten. Mieter und Hypothekenschuldner sind verpflichtet, über die für die Vermittlung erheblichen, von dem Einigungsamt bestimmt zu bezeichnenden Tatsachen Auskunft zu erteilen. Die Vorschrift im Absatz 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

Gegen die Festsetzung der Ordnungsstrafe (Abs. 1, 2) findet Beschwerde statt. Sie ist binnen zwei Wochen bei der Gemeindeaufsichtsbehörde zu erheben; diese entscheidet endgültig.

§ 3. Die Gemeindebehörde ist befugt, von den im § 2 Absatz 1 bezeichneten Personen eine Versicherung an Eides Statt über die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer Auskunft entgegen zu nehmen.

§ 4. Handelt es sich in einem Verfahren, in dem die §§ 1, 2 oder 3 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 7. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 359) oder die §§ 1 oder 3 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 18. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 377) Anwendung finden, um die Verpflichtung zur Zahlung des Mietzinses oder des Zinses für ein hypothekarisch sichergestelltes Darlehen oder die besonderen Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eingetreten sind, oder eintreten, so hat das Gericht, sofern die Landeszentralbehörde von der ihr nach § 1 zustehenden Befugnis Gebrauch gemacht hat, das Einigungsamt vor der Entscheidung gütlichlich zu hören.

Der Gerichtsschreiber hat die Klage, die Ladung oder den Antrag in Abschrift dem Einigungsamt unverzüglich mitzuteilen. Das Einigungsamt ist verpflichtet, sein Gutachten mit tüchtigster Beschleunigung dem Gerichte mitzuteilen.

§ 5. Wer die gemäß § 2 Absatz 2 von ihm erforderliche Auskunft wissenschaftlich falsch erteilt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

§ 6. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 7. Die aus Anlaß dieser Verordnung vorzunehmenden gerichtlichen Handlungen und das Verfahren vor dem Einigungsamt einschließlich aller hierfür erforderlichen Urkunden sind stempel- und gebührenfrei.

§ 8. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 15. Dezember 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Deßbrück.

An die Groß- Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir weisen Sie auf vorstehende Bekanntmachung hin und empfehlen denjenigen von Ihnen, für deren Gemeinden ein Bedürfnis nach Errichtung solcher Einigungsämter besteht, das Erforderliche zu veranlassen. Sollte in einer Gemeinde ein Einigungsamt errichtet werden, so ist uns sofort Anzeige zu erstatten.

Gießen, den 29. Dezember 1914.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausleihung von Stuten.

Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die bei Beginn des Krieges zur Aufnahme volljähriger Pferde für den Heeresnachschub errichteten Zentral-Pferbedepots aus ihren Beständen Stuten, die sich als tragend erweisen und nicht zu Zuchtzwecken verkauft werden können, an Landwirte unentgeltlich gegen Fütterung ausleihen dürfen. Die näheren Bedingungen, unter denen dies geschieht, gehen aus dem in Abdruck nachstehenden Erlasse vom 24. Oktober 1914 M. Z. 3360. 14 R. Z. hervor. Er ist zu Anfang des vorigen Monats dahin ergänzt worden, daß die auszuliehenden tragenden Stuten den Landwirtschaftskammern anzubieten sind. Von den in dem Erlasse genannten 7 Depots befindet sich Nr. 6 in Darmstadt, ein achttes Depot wird gegenwärtig in Kassel eingerichtet.

Unter den Beständen der Depots befinden sich zurzeit gegen 2000 schwere Kaltblüter. Da der Nachschubbedarf an derartigen Pferden für das Feldheer voraussichtlich aus laufenden Anfäufen gedeckt werden kann, will das Kriegsministerium, um der Landwirtschaft auszubehelfen und gleichzeitig den Pferden der Zentral-Depots ausgiebigere Bewegung und Arbeit zu verschaffen, die Ausleihung auf unbestimmte Zeit versuchsweise auch auf diese schweren Kaltblüter ausdehnen.

Gießen, den 28. Dezember 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Abchrift.

Berlin W. 66, den 24. Oktober 1914.

Kriegsministerium.

Remonte-Inspektion.

Wenn unter den Beständen der Zentral-Pferbedepots Stuten sich als trächtig erweisen, so fragt es sich, ob es zweckmäßig ist, sie zu Zuchtzwecken wieder zu verkaufen, oder sie zu behalten, abfohlen zu lassen und später an die Truppen auszugeben.

Die Abgabe zu Zuchtzwecken kommt bei den der heimischen Zucht entstammenden tragenden Stuten nur für solche mit nachgewiesenem Blut in Betracht, bei den ausländischen nur für die

aus Ungarn eingeführt. Derartige Stuten sind, wenn sie Zucht wert haben, der Landwirtschaftskammer der Provinz usw., in der das betreffende Depot liegt — österröische Stuten jedoch immer zunächst der Landwirtschaftskammer von Ostpreußen — zwecks Ankaufs zu dem Preise, den die Landesverwaltung gezahlt hat, anzubieten. Gleichzeitig Meldung an die Inspektion und später Anzeige vom Verlauf.

Solche Stuten, die die Landwirtschaftskammern nicht kaufen (einschließlich derjenigen also, die von vornherein für Zuchtzwecke nicht in Frage kommen) können an Landwirte ausgeliehen werden, bis sie abgefohlt haben und wieder ausgabefähig sind.

Die Ausleihung erfolgt unentgeltlich gegen Fütterung und Pflege und auf Widerruf nach Maßgabe des anliegenden, von den Entleiher zu vollziehenden Anerkennnisses. Die von den ausgeliehenen Stuten fallenden Fohlen verbleiben dem Entleiher.

Die Ausleihung der Stuten darf nur an zuverlässige und vertrauenswürdige Personen geschehen; in erster Linie an solche, deren Pferde infolge des Krieges ausgehoben sind, insbesondere, wenn sie selbst oder ihre Söhne zum Kriegsdienst eingezogen sind. Sie müssen natürlich in der Umgegend des Depots ansässig sein. Die Herren Kommandanten haben sich nach solchen Personen zu erkundigen. Ueber die ausgeliehenen Pferde ist eine besondere Nationalliste zu führen, in der sie eine besondere laufende Nummer erhalten. Diese Nummer ist auf den linken Vorderhuf einzubrennen, der rechte Vorderhuf erhält die beiden ersten Buchstaben des Depotnamens (z. B. Torgau: T.).

Die Inspektion behält sich vor, wenn die zukünftigen Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, die Ausleihung von Pferden aus dem Zentraldepot auch auf nichttragende Stuten und Wallache auszudehnen.

gez. v. Oheimb.

An das Königliche Zentral-Pferdedepot Nr. 1.

(Ort, Datum.)

Ich Unterzeichneter verpflichte mich, d. . . mir aus dem königlichen Zentral-Pferdedepot . . . leiheweise und auf Widerruf überlassene . . . Pferd . . . gut zu pflegen, in gutem Futterzustande zu erhalten, nur zu landwirtschaftlichen Arbeiten, die der Trächtigkeit nicht schaden, zu benutzen und nach erhaltener Aufforderung, spätestens aber 14 Wochen nach dem Abfohlen ohne weiteres zurückzuführen. Unter Übernahme der Haftung verpflichte ich für mich und Dritte auf Entschädigung für Unfälle und Schäden, die durch d. . . mir geliehene Pferd . . . verursacht werden, namentlich auch für den Fall der Seucheneinleitung aus dem Depot; ich übernehme gegenüber Schadenersatzansprüchen Anderer die Verpflichtung als Tierhalter nach §§ 833 und 834 B. G. B. und erkenne meine Verpflichtung zum Schadenersatz an, soweit durch mein Verschulden d. . . Pferd . . . zu Tode oder sonst zu Schaden kommen sollte.

Mir ist bekannt, daß das Depot mir d. . . Pferd . . . ohne weiteres entziehen kann, wenn ich es (sic) nach Ansicht des mit der Beaufsichtigung betrauten Veterinärs, dem jederzeit auf Verlangen das (die) Pferd(e) vorzuführen ist (sind), nicht gut halte oder nicht gut füttere.

Falls eine mir überlassene Stute verfohlt, eingeht oder sonst zu Schaden kommt, werde ich dem Depot hierüber unverzüglich eine amtliche Bescheinigung einsenden.

Unterschrift.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, vorstehende Bekanntmachung zur Kenntnis der Interessenten zu bringen und Bewerbern um Leihpferde Bescheinigungen auszustellen, damit diese sich in den Depots entsprechend ausweisen können.

Gießen, den 28. Dezember 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Nachsuchung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst auf Grund von Schulzeugnissen.

Diesem jungen Leute, welche auf Grund ihrer Schulzeugnisse die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nachsuchen wollen, werden hierdurch auf die nachfolgenden, bei Anbringung der Gesuche zu beachtenden Vorschriften mit dem Anfügen aufmerksam gemacht, daß hiernach unvollständige Gesuche ohne weiteres zurückgegeben werden.

1. Das Gesuch ist bei der unterzeichneten Prüfungs-Kommission nur dann einzureichen, wenn der sich Meldende im Großherzogtum gestellungspflichtig ist, d. h. seinen dauernden Aufenthaltsort hat.

2. Die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst kann nicht vor vollendetem 17. Lebensjahr und muß spätestens bis zum 1. Februar des Jahres nachgesucht werden, in welchem das 20. Lebensjahr vollendet wird.

Sollten einzelne der nachstehend unter a—d aufgeführten Papiere und insbesondere das Schulzeugnis wegen noch nicht vollendetem Schulbesuch bis zu vorangefährtem Termin nicht vorgelegt werden können, so ist gleichwohl das Gesuch bis zu diesem Zeitpunkt einzureichen und in demselben anzugeben, daß die etwa noch fehlenden Papiere nachfolgen würden. Die Einreichung dieser Papiere muß bei Verlust des Anrechts der Berechtigung spätestens bis 1. April desselben Jahres erfolgen.

3. Das Gesuch muß von dem Betreffenden selbst geschrieben sein und ist hierzu ein Vogen im Aktienformat (nicht Briefpapier) zu verwenden. Auch ist die nähere Adresse anzugeben. Das Gesuch ist an die unterzeichnete Behörde, ohne persönliche Adresse zu richten.

4. Dem Gesuche sind folgende Papiere beizufügen:

a) Geburtszeugnis (Auszug aus dem Zivilstandsregister, nicht Taufschein).

b) Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters mit der Erklärung, daß für die Dauer des einjährigen Dienstes die Kosten des Unterhalts, mit Einschluß der Kosten der Ausrüstung, Bekleidung und Wohnung, vom dem Bewerber getragen werden sollen; ferner dieser Erklärung gemäß die Erklärung des gesetzlichen Vertreters oder eines Dritten, daß er sich dem Bewerber gegenüber zur Tragung der bezeichneten Kosten verpflichtet und daß, soweit die Kosten von der Militärverwaltung bestritten werden, er sich dieser gegenüber für die Ersatzpflicht des Bewerbers als Selbstschuldner verbürgt.

Die Unterschrift des gesetzlichen Vertreters und des Dritten, sowie die Fähigkeit des Bewerbers, des gesetzlichen Vertreters oder des Dritten, zur Bestreitung der Kosten ist obligatorisch zu bescheinigen. Ueberrimmt der gesetzliche Vertreter oder der Dritte die in vorstehendem Abjaze bezeichneten Verbindlichkeiten, so bedarf seine Erklärung, sofern er nicht schon kraft des Gesetzes zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet ist, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.

Der Regel nach ist dem Schulzeugnis ein entsprechendes Formular beigelegt, auf welches ausdrücklich Bezug genommen wird.

c) Ein Unbescholtenheitszeugnis, welches für Jüglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürgerschulen und sonstigen militärberechtigten Anstalten) durch den Direktor der Anstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist.

d) Das Schulzeugnis.

Sodann wird noch besonders bemerkt:

zu pos. d) daß die Schulzeugnisse, mit Ausnahme der Reisezeugnisse, für die Universität und die derselben gleichgestellten Hochschulen und Reisezeugnisse für die Prima der Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Realschulen, sowie Reisezeugnisse (Zeugnisse über die bestandene Schlußprüfung) der Progymnasien, Realprogymnasien und Realschulen, sämtlich nach Muster 18 zur Wehr-Ordnung vom 22. November 1888 — Neuausdruck Reg.-Bl. Nr. 68 von 1901 — ausgestellt sein müssen.

Im übrigen wird auf die Bestimmungen der §§ 88, 89, 90, 93 und 94 der angeführten Wehrordnung verwiesen.

Großherzogliche Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige zu Darmstadt.

Der Vorsitzende: von Starck, Regierungsrat.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

Jan.	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Grad der Bewölkung in Prozent der Himmelsfläche	Wetter
1915								
1. 2 ^{te}	735,5	1,8	3,7	71	8	2	10	Bed. Himmel
1. 5 ^{te}	731,7	0,6	3,8	79	8	2	10	
2. 1 ^{te}	728,6	3,2	4,8	83	SW	2	3	Teilw. Himmel

Höchste Temperatur am 31. Dez. 1914 bis 1. Jan. 1915 = 3,1° C.
Niedrigste „ 31. „ 1914 „ 1. „ 1915 = 0,4° „

Niederschlag: 0,4 mm.

Drucksachen aller Art

Notiert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7